

Linke: Stadt soll Kasernen umsonst bekommen

Ratsvorstoß: Am Donnerstag wollen die Linken mit ihrem Antrag viel bewegen

■ **Bielefeld.** Die Linke stellt zum nächsten Rat am Donnerstag, 4. April, einen aufseherregenden Antrag: In ihm soll beschlossen werden, die Verwaltung aufzufordern, vom Bund die kosten- und altlastenfreie Rückgabe der alten Briten-Kasernengrundstücke an der Oldentruper Straße und der Detmolder Straße einzufordern. Hintergrund: die sogenannten Garnisonsverträge, zu denen es ein Urteil des Bundesgerichtshofes (V ZR 29/70) gibt. Zudem sollen, so die Linken, für die Grundstücke an der Ravensberger Straße, der Osningstraße sowie südlich des Lipper Hellwegs Entschädigungen eingefordert werden.

Das teilt die Vorsitzende der Ratsfraktion der Linken, Barbara Schmidt, mit. Der Leiter des Arbeitskreises Wohnen der Linken, Günter Seib, habe herausgefunden, dass die Garnisonsverträge von 1935/36 weiterhin gelten sollen. Und der BGH habe 1972 entschieden, dass der Stadt Bielefeld zum damaligen Zeitpunkt keine Entschädigung zustehe, da der Garnisonsvertrag diese erst für das Ende der militärischen Nutzung vorsehe. Der BGH bestätigte damit die Geltung des Vertrages. Schlussfolgerung der Linken: Damit müsste die Stadt bei der Räumung der Kasernenflächen durch die britischen Truppen eine Entschädigung in Höhe des Wertes der Grundstücke erhalten.

Die Linke zitiert aus dem

BGH-Urteil: „Es kommt dabei zu dem Ergebnis, dass die militärische Nutzung durch die Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des Reichs als militärische Nutzung im Sinn von Paragraph 13 des Vertrags anzusehen und die Benutzung durch britische Streitkräfte der Benutzung durch deutsche Truppen gleichzusetzen sei.“

Angesichts dieser Sachlage fordert die Linke die BIMA (Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten) und damit letztlich Bundesfinanzminister Olaf Scholz auf, die Flächen entgeltfrei an die Stadt Bielefeld zurückzugeben. Zwar müsste eine Entschädigung für die darauf errichteten Bauten gezahlt werden, jedoch seien diese zum größten Teil abgeschrieben, so dass nur geringe Kosten entstünden. Es gebe bereits Fälle, in denen die BIMA Flächen kostenlos an die Kommunen zurückgegeben habe.

Es handelt sich immerhin um mehr als 40 Hektar, also fast 50 Fußballfelder große Flächen. Damit, so die Linke, hätte die Stadt die Möglichkeit, selber Wohnungen zu bauen und sie dann dauerhaft im städtischen Besitz zu halten und zu vermieten – so, wie es die Stadt Wien seit 100 Jahren vormache; und damit seinen Bürgern dauerhaft bezahlbare Mieten sichern konnte.

Neben dem Ratsvorstoß plant die Linke auch eine Petition, die die Bielefelder unterschreiben können sollen.